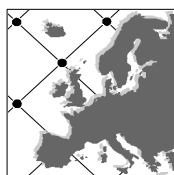


MANNHEIMER
ZENTRUM FÜR
EUROPÄISCHE
SOZIALFORSCHUNG



**Die Chance für ein europäisches Parteiensystem
aus der Sicht von Wählerwahrnehmungen
und Policy - Dimensionen.**

Michael Stoiber

Arbeitsbereich II / Nr. 19

Mannheim 1997

ISSN 0948-0080

Arbeitspapiere

Working papers

Michael Stoiber

**Die Chance für ein europäisches Parteiensystem aus
der Sicht von Wählerwahrnehmungen und Policy-
Dimensionen**

Michael Stoiber:
Die Chance für ein europäisches Parteiensystem aus der Sicht von
Wählerwahrnehmungen und Policy-Dimensionen.
Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES).
Mannheim, 1997 (überarbeitete Version).
(Arbeitspapiere Arbeitsbereich II / 19)
ISSN 0948-0080

Deckblattlayout: Uwe Freund

Nicht im Buchhandel erhältlich

Schutzgebühr: DM 5,--

Bezug:

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Postfach, 68131 Mannheim

Redaktionelle Notiz:

Michael Stoiber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Politische Wissenschaft I, Prof. Franz Urban Pappi an der Universität Mannheim. Er bereitet einen Antrag zu einem Forschungsvorhaben mit dem Thema „Das Politikfeld ‘Agrarpolitik’ in Polen und der Slowakei“ und „Eine Policy-Netzwerkanalyse zum EU-Beitritt zweier osteuropäischer Transformationsstaaten“ vor.

Inhalt

1. Einleitung.....	1
2. Die europäischen Parteien und ihre Bedeutung	2
3. Europapolitische Issues, die Dimensionalität des gemeinsamen Policy- Raumes und die Homogenität der Parteifamilien	4
4. Die Analyse-Daten.....	7
5. Die Einzelanalyse der Issues	8
5.1 Das Währungs-Issue:.....	9
5.2 Das Grenz-Issue:	10
5.3 Das Arbeitslosigkeits-Issue:	11
6. Die Dimensionalität des zugrunde liegenden Raumes und deren Gültigkeit 13	
7. Die Gruppierung im zweidimensionalen Raumes	19
8. Schlußbetrachtung	21
Literatur	23

Zusammenfassung

Die Frage nach der Existenz eines bereits vorhandenen oder die Chance für ein genuines europäisches Parteiensystem steht im Mittelpunkt dieses Arbeitsberichtes. Ausgegangen wird von einem Policy-orientierten Ansatz, der postuliert, daß zum Zustandekommen eines europäischen Parteiensystems die inhaltliche Übereinstimmung der nationalen Mitgliedsparteien der transnationalen europäischen Parteien gegeben sein muß. Diese Übereinstimmung sollte sich im ideologischen Raum widerspiegeln, der den Positionen der Parteien bei einzelnen Streitfragen zugrunde liegt.

Als Datengrundlage dienen die Wählerwahrnehmungen der Parteistandpunkte zu drei europapolitischen Positionsissues, die im Eurobarometer 411 (1994) erhoben wurden. Im folgenden wird mittels einer Faktorenanalyse der den Issues zugrunde liegende Raum ermittelt. Wie erwartet ergeben sich zwei Dimensionen: eine europäisch-föderale und eine sozio-ökonomische Links-Rechts Dimension. Dies läßt den Schluß zu, daß für das Entstehen eines europäischen Parteiensystems nicht allein die Fragen der europäischen Integration, sondern auch die klassischen Fragen, die aus dem Klassen-Cleavage hervorgegangen sind, auf der europäischen Agenda zu finden sein müssen. Die Homogenität der einzelnen Parteifamilien wird mittels eines Distanzmaßes getestet, das auf euklidischen Distanzen beruht. Das Ergebnis weist auf unterschiedlich homogene Familien hin, wobei die grünen Parteien am einheitlichsten wahrgenommen werden. Vor allem die Heterogenität unter den Mitglieder der europäischen Volkspartei und den Liberalen ist hinsichtlich eines europäischen Parteiensystems doch bedenklich. Abschließend wird mittels einer Clusteranalyse getestet, inwieweit sich die Parteien der gleichen Familien im zweidimensionalen Raum gemeinsam gruppieren. Hier bestätigen sich die Ergebnisse der Homogenitätsprüfung und der Faktorenanalyse: Es kann keine trennscharfe Gruppenbildung entlang der bestehenden europäischen Parteien und Parteifamilien gefunden werden. Allein die Rechten Parteien besiedeln einen klar abzugrenzenden Raum, während die anderen Familien über zwei oder noch mehr Cluster streuen.

So läßt sich für die Zukunft eines europäischen Parteiensystems zweierlei schließen. Erstens muß die Homogenität innerhalb der europäischen Parteien wachsen. Dies kann durch eine Annäherung der nationalen Mitgliedsparteien oder durch ein Aufbrechen der momentanen Familien entstehen. Darüber hinaus müssen Fragen, die auf dem Klassen-Cleavage beruhen, mehr in den Mittelpunkt der politischen Diskussion geraten, um die gegensätzlichen Standpunkte der einzelnen Parteien deutlich werden zu lassen.

1. Einleitung

Die Integration Europas schreitet immer weiter voran. Den Parteien kommt dabei laut Artikel 138 des Maastricht-Vertrages eine wichtige Rolle bei der europäischen Willensbildung zu. Doch um diese Funktion befriedigend ausüben zu können, sollten die transnationalen Parteien ein genuines Parteiensystem bilden. Denn nur dann werden die europapolitischen Themen Gegenstand der Auseinandersetzungen sein und so den Bürgern Europas vermittelt werden können. Dieser Frage nach der Existenz oder der Chance für ein Entstehen eines Parteiensystems auf europäischer Ebene soll in diesem Arbeitsbericht¹ nachgegangen werden.

Die Analyse wird aus der Sicht inhaltlicher Übereinstimmung der nationalen Mitglieder der europäischen Parteifamilien zu europapolitischen Policies seitens von Wählerwahrnehmungen und des zugrundeliegenden ideologischen Raumes durchgeführt. Die empirischen Ergebnisse zeigen, daß nur eine gewisse Homogenität bei den Parteifamilien vorhanden ist. Dem gemeinsamen Raum, in dem alle Parteien abgebildet werden können, liegt neben einer europäisch-föderalen Dimension eine sozio-ökonomische Links-Rechts Dimension zugrunde. Diese beiden Ergebnisse lassen den Schluß zu, daß nur bei wachsender Geschlossenheit der Familien bei den europapolitischen Policies und einer größeren Betonung der sozio-ökonomischen Policies die Chance für die Herausbildung eines europäischen Parteiensystems besteht. Eine Alternative bestünde im Aufbrechen der momentanen Parteifamilien und einer Neuorientierung an den beiden Policy-Dimensionen. Ob es zu einer weiteren Entwicklung kommen kann, wird aber, wie schon der bisherige Forschungsstand sagt, auch weiterhin von der institutionellen Entwicklung in der EU abhängen.

¹ Der vorliegende Arbeitsbericht entstand aus meiner Abschlußarbeit zur Erlangung des Titels eines Magister Artium mit dem Titel „*Wählerwahrnehmungen von Parteistandpunkten bei europapolitischen Issues in den EU-Ländern. Konvergenzen und Divergenzen von Parteifamilien*“. Ich danke Prof. Franz-Urban Pappi für die Betreuung, sowie Thomas Brechtel und Gabriele Eckstein für Hinweise und hilfreiche kritische Diskussionen bei der Umsetzung des Themas in diesen Arbeitsbericht.

2. Die europäischen Parteien und ihre Bedeutung

Bedingt durch die institutionellen Rahmenbedingungen der europäischen Union wurde in den vergangenen Jahren die Zusammenarbeit nationaler Parteien derselben Parteifamilie immer intensiver. (Henschel 1993: 264) Die europäische Integration als Katalysator führte dazu, daß es zur Gründung transnationaler Parteien kam. Damit konnte die Arbeit der Fraktionen des Europaparlaments auch außerhalb dessen fortgeführt werden. Inzwischen existieren drei transnationale Parteien: die „Europäische Volkspartei“ (EVP), der sowohl Christdemokraten als auch Konservative angehören, die „Sozialistische Partei Europas“ (SPE), die „Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei“ (ELDR) sowie als organisatorischer Zusammenschluß das „Bündnis der Europäischen Grünen Parteien“. (Andeweg 1995:61) Doch bleibt die Frage weiterhin bestehen, inwieweit man von einem genuin europäischen Parteien-system sprechen kann.

In der Forschung besteht ein nahezu einhelliger Konsens, daß von einem expliziten Parteiensystem nicht gesprochen werden kann (Schmitt 1995: 93). Henschel (1993 / 1994) gesteht den transnationalen Parteien lediglich wachsende Bedeutung zu, spricht aber nicht von einem europäischen Parteiensystem. Als positive Zeichen sieht er neben der Neugründung des Bündnisses der Grünen und der Umwandlung der liberalen und sozialistischen Föderationen in europäische Parteien die programmatische Neubestimmung der Parteien. Neben dem gemeinsamen Ziel, die europäische Integration voranzutreiben, unterscheiden sich die Programme bei den Schwerpunkten und Themen, welche die Parteien als besonders wichtig aufnehmen. Die Forschungsrichtung der „Institutionalisten“ sieht als entscheidendes Hemmnis für ein Agieren der Parteien auf europäischer Ebene die institutionellen Beschränkungen der EU. Diese Richtung wird besonders in den *Jahrbüchern für europäische Integration* vertreten. Solange nicht ein tatsächliches Regierungssystem mit Regierung, Opposition und Parlament existiert, können sich die europäischen Parteien nicht entfalten (Henschel 1993: 265). Jansen (1995: 259) nennt die Struktur, in der weiterhin der Rat die bestimmende Institution bleibt, das „demokratische Defizit der EU“. Durch die dominante Stellung des Rates spielen die Institutionen, in denen die europäischen Parteien agieren, eine nachgeordnete Rolle und hemmen so die weitere Entwicklung. Die erweiterte legislative Mitbestimmung des Parlaments, die im Maastrichter Vertrag vorangetrieben wurde, war nach dem Budgetrecht der nächste Schritt, das Defizit abzubauen und somit den Rahmen für einen Bedeutungsgewinn der europäischen Parteien zu geben. Die Europawahlen 1994 brachten für die Herausbildung eines europäischen Parteiensystems keine Fortschritte, da eine schärfe ideologische Abgrenzung ausblieb. Die Wahlmanifeste der europäischen Parteien ähnelten sich und wurden darüber hinaus sehr knapp und unbestimmt gehalten. Noch gravierender wirkte sich aus, daß in den Ländern weiterhin die nationalen und nicht

die europäischen Parteien zu wählen waren und dies in näherer Zukunft auch so bleiben wird. Diesen institutionellen Mangel hält Andeweg (1995: 60) für ein zentrales Problem. Weiter drängen auch nicht die europäischen Wahlmanifeste, sondern vor allem national bestimmte Policies in den Wahlkampf ein. Die nationalen Parteien instrumentalisieren die Europawahlen im Sinne ihrer nationalen Bedürfnisse und thematisieren die Europapolitik in nur geringem Maße (Smith 1995: 203-204, Jansen 1995: 256). So konnte man 1994 nicht von einer „europäischen Wahl“, sondern erneut lediglich von einer „europaweiten Wahl“ sprechen (Henschel 1994: 274).

Andeweg (1995: 61f) sieht in der instabilen Fraktionsbildung außerhalb der drei traditionellen Fraktionen einen weiteren Hinderungsgrund für die weitere Entwicklung. Darüber hinaus bezeichnet er die transnationalen Parteien im Moment als noch zu schwach und mit Ausnahme der SPE als zu heterogen. Er spricht als erster die Frage nach der Homogenität innerhalb der transnationalen Parteien an. Er betrachtet diese Frage aber lediglich unter dem Aspekt der stabilen Fraktionsbildung im Europaparlament und allgemeiner ideologischer Einordnungen. Der Fokus geht so über die Frage nach institutionellen Kompetenzen hinaus und stellt die Frage nach inhaltlicher Übereinstimmung innerhalb der europäischen Parteien. (Andeweg 1995: 62-64) An diesem Punkt kann die folgende Untersuchung exaktere Erkenntnisse liefern. Für Andeweg ergeben sich drei mögliche Entwicklungslinien: Am wahrscheinlichsten ist die Weiterentwicklung des momentanen transnationalen Systems. In dem Maße, in dem die europäischen Institutionen und vor allem das Parlament weiter gestärkt werden, wird auch der Einfluß der transnationalen Parteien steigen. Solange aber die Kandidatur bei den Europawahlen von den nationalen Parteien betrieben wird, bleibt das Problem der elektoralen Repräsentation weiter bestehen und verhindert die Bildung eines genuinen Parteiensystems. (Andeweg 1995: 67f) Mit diesem Ansatz liegt er ganz auf der Linie der institutionalistischen Forschung.

Eine zweite Möglichkeit besteht in der Bildung eines Parteiensystems entlang des Föderalismus-Cleavages. Dieses bildet sich auf Basis der Frage nach der Abgabe nationaler Kompetenzen an die europäischen Institutionen. Entlang dieser Dimension würden sich die nationalen Parteien sowohl über die Länder als auch über die bestehenden Parteifamilien hinweg zu neuen transnationalen Parteien zusammenschließen. Ansätze hierfür sind in der Gründung Fraktion "Europa der Nationen" zu sehen, in der sich die dänischen, französischen und niederländischen Integrations skeptiker zusammenschlossen. Diese sind keine strikten Europegegner, sprechen sich aber für die Beibehaltung nationaler Rechte aus. Unterstützt werden könnte dieses System durch die "Intergroups", Issue-orientierte Zusammenschlüsse, die sich über die Fraktionen hinweg gebildet haben. (Andeweg 1995: 69f) Hinter dieser Möglichkeit steht ein Policy-Ansatz, wobei hier dem Parteiensystem lediglich eine Policy-Dimension zugrunde liegen würde. Damit dürfte keine andere Dimension, wie etwa eine sozio-ökonomische Links-Rechts Dimension in der Europapolitik von Relevanz sein, es sei denn diese wäre mit der Föderalismus-Dimension deckungsgleich.

Bei der dritten Möglichkeit bleibt das transnationale Parteiensystem bestehen, die Parteien stehen aber in unterschiedlichen Intergroups bezüglich der EU, was dazu führen würde, daß sich bei Europawahlen zwar die gleichen Parteien wie bei den nationalen Wahlen zur Kandidatur stellen würden, sie aber aufgrund unterschiedlicher EU-Ausrichtungen von anderen Wählern unterstützt

würden. Ansätze hierfür sind in Dänemark zu finden. (Andeweg 1995: 71f) Konkret bedeutet dies, daß für die Wähler bei Europawahlen für die Wahlentscheidung eine andere Policy-Dimension, nämlich die europäisch-föderale als Basis dient und diese nicht mit den Dimensionen übereinstimmt, die für die nationale Wahlen entscheidend sind.

Am Ende der Analyse werden diese drei Möglichkeiten im Rahmen meiner Ergebnisse beurteilt werden.

3. Europapolitische Issues, die Dimensionalität des gemeinsamen Policy-Raumes und die Homogenität der Parteifamilien

Die meisten Autoren konzentrieren sich wie oben gezeigt auf formale und institutionelle Faktoren, von denen sie die weitere Entwicklung für die Herausbildung eines europäischen Parteiensystems abhängig sehen. Meine **Grundannahme** basiert auf einem Policy-Ansatz und erweitert den institutionellen Ansatz.

Ohne die Orientierung an den relevanten Policy-Dimensionen und einer weitgehenden Übereinstimmung der nationalen Mitglieder der europäischen Parteien auf diesen Dimensionen wird auch bei einer Kompetenz-erweiterung der gewählten europäischen Institutionen kein genuin europäisches Parteiensystem entstehen.

Ich werde mit Hilfe der Wählerwahrnehmungen von Parteistandpunkten bei europapolitischen Issues prüfen, inwieweit auf Policy-Ebene die Chance für ein europäisches Parteiensystem aus der Sicht der Wähler besteht. Dabei sollen zwei Aspekte im Vordergrund stehen: Einerseits die Frage nach der Dimensionalität des gemeinsamen Policy-Raumes, in dem die einzelnen nationalen Parteien abgebildet werden können, und andererseits die Frage nach der Homogenität der einzelnen Parteifamilien bezüglich ihrer wahrgenommenen Positionen auf den Policy-Dimensionen.

Der erste Aspekt betrifft die Dimensionalität des gemeinsamen Policy-Raumes, in dem die nationalen Parteien bezüglich der Europapolitik abgebildet werden können. Dieser Ansatz basiert auf dem Modell der räumlichen Parteienkonkurrenz, das Downs (1957) eindimensional entwickelte und von Enelow und Hinich (1984) hinsichtlich der Mehrdimensionalität erweitert wurde. Diese gehen davon aus, daß der ideologische Raum, in dem die Parteien um die Wähler konkurrieren, mehrdimensional strukturiert sein kann. Durch den linearen Zusammenhang zwischen Issues und den ideologischen Dimensionen ist es nun möglich, aufgrund der individuellen Wählerwahrnehmungen von Parteistandpunkten auf den Issues sowohl die Positionen der Parteien im zugrundeliegenden Raum als auch dessen Dimensionalität zu bestimmen. Pappi (1989) testet dieses Modell für das westdeutsche Parteiensystem und erhält einen zweidimensionalen Parteienraum.

Laver und Hunt (1992) benutzen als Methode zur Beschreibung der Struktur von Policy-Präferenzen ebenfalls den räumlichen Ansatz. Sie lassen Experten sowohl die Parteien als auch deren Wählerschaft auf zehn Issue-Dimensionen einordnen. Mittels einer Faktorenanalyse reduziert sich der Raum in den meisten Ländern ihrer Studie auf zwei Dimensionen, in einigen auf drei, während allein in Kanada lediglich eine relevante Dimension extrahiert wird (Laver / Hunt 1992: 50-51).

Bei der schon von Downs (1957) angenommenen zugrunde liegenden ideologischen Dimension handelt es sich um die Links-Rechts Skala. Während sie bei Downs aufgrund ihrer Orientierung an den Staatseingriffen in die Wirtschaft explizit als ökonomisch definiert ist, kommt es bei der Anwendung in Europa zu einer teilweise unscharfen Benutzung dieses Begriffes. Vor allem auf der rechten Seite und in der Mitte der Skala ist oft nicht eindeutig zu entscheiden, ob ökonomische oder gesellschaftlich-ordnungspolitische Vorstellungen die Dimension bestimmen (Castles / Mair 1984: 73). Gerade die Benutzung der Links-Rechts Dimension in Massenumfragen (z.B. in den Eurobarometern), aber auch bei Expertenbefragungen (Castles / Mair 1984) geschieht meist ohne eine explizite Definition. Bei Laver und Hunt (1992) laden daher auch mehrere Issues (public ownership, social policy, taxes) auf der ersten Dimension, die alle dem Label Links-Rechts zugeordnet werden können. Interessanterweise dominiert auf der zweiten Dimension oft das Issue der Frage nach dem Grad der Zentralisierung der Entscheidungen. Gerade diese Problematik steht bisher im Zentrum der Diskussion, wenn Europapolitik auf der Agenda steht.

Meine Erwartung für den europäischen Parteienraum lautet, daß für eine Fortentwicklung des europäischen Parteiensystems mehr als nur die europa-föderale Dimension, die eine allgemeine Einstellung pro oder contra EU abbildet, notwendig ist. Blicke das Parteiensystem allein entlang dieser einzigen Dimension orientiert, was der zweiten Möglichkeit Andewegs entspräche, müßte sich die weitere Europapolitik allein um Fragen dieser Policy-Dimension drehen. Sicherlich werden solche Streitpunkte wie die Erweiterung der Kompetenzen des europäischen Parlaments oder die Frage nach der Machtstellung des Ministerrates wichtige Issues bleiben. Für eine policy-orientierte Politik, die die anstehenden Probleme des zusammenwachsenden Europas lösen soll, reicht dies aber nicht aus. Denn auch auf europäischer Ebene spielen ähnlich wie in den einzelnen Nationen wirtschaftliche Streitfragen eine zentrale Rolle. Ich erwarte daher, daß die Wählerwahrnehmungen zu gewissen europapolitischen Streitfragen auf einer sozio-ökonomischen Links-Rechts Dimension basieren.

These1: *Der Beurteilung von Parteipositionen zu aktuellen europapolitischen Issues liegen zwei unabhängige Policy-Dimensionen in Form einer europäisch-föderalen Dimension und einer sozio-ökonomischen Links-Rechts Dimension zugrunde.*

Decken sich diese beiden Dimensionen nicht, werden weder die jetzigen Parteifamilien, die sich an der Links-Rechts Dimension herausgebildet haben, noch neue Parteien, die sich allein an der

Europa-Föderalen Dimension orientieren, ausreichen, um ein europäisches Parteiensystem zu bilden.

Zur Gewinnung des Policy-Raumes werde ich die Wählerwahrnehmungen der Parteistandpunkte zu drei europapolitischen Issues einer Faktorenanalyse unterziehen.

Für eine Europapolitik, die von europäischen Parteien bestimmt werden soll, ist ein hoher Grad an Homogenität bezüglich der europapolitischen Streitfragen und der zugrunde liegenden Policy-Dimensionen unter den nationalen Mitgliedsparteien einer Europapartei aufgrund meiner Basisannahme nicht nur förderlich, sondern nahezu unabdingbar. Denn auch bei gewonnenem institutionellem Spielraum können die europäischen Parteien nur dann ihren Einfluß ausdehnen, wenn sie in sich möglichst geschlossen auftreten. Sollten die nationalen Mitgliedsparteien zu unterschiedliche Positionen einnehmen, werden zum Beispiel nationale Delegationen im Europaparlament weiterhin eine starke Rolle neben den Fraktionen spielen. Bei Europawahlen werden erst dann die europäischen Parteien in allen Ländern auf der Wahlliste auftauchen, wenn die nationalen Mitgliedsparteien voll hinter den Positionen eines gemeinsam ausgearbeiteten umfangreichen Programms stehen. Ich werde im folgenden prüfen, inwieweit die Wähler die bestehenden Parteien und Parteifamilien geschlossen wahrnehmen. Da sich die aktuellen Parteien vor allem anhand der nationalen Links-Rechts Dimension herausgebildet haben, erwarte ich, daß aufgrund von nationalen Unterschieden und der zu erwartenden zweiten Dimension die von mir für notwendig erachtete Homogenität noch nicht besteht.

These 2: *Es existieren bei der Wahrnehmung der Parteien derselben Parteifamilien zu europapolitischen Streitfragen noch gravierende Unterschiede, so daß die Familien im zugrunde liegenden Policy-Raum keine sehr homogenen und klar gegeneinander abgrenzbare Einheiten bilden.*

Zur Messung der Homogenität werde ich ein Distanzmaß entwickeln, das in Anlehnung an Enelow und Hinich (1984) auf euklidischen Distanzen beruht. Die Frage nach der Abgrenzbarkeit der Familien gegeneinander werde ich mit Hilfe einer Clusteranalyse testen.

4. Die Analyse-Daten

Für meine Analysen verwende ich Daten der European Election Study von 1994. Die fraglichen Positionsissues wurden im Rahmen des Eurobarometer 411 (7/94) erhoben.² Das größte Problem für die Verwendung des Datensatzes ergibt sich durch das erhöhte Auftreten von fehlenden Werten. Diese betragen je nach Land, Issue und Partei zwischen 12% und 78%. Verglichen mit den Daten, die Pappi (1989) und Eckstein (1995) bei ihrer Analyse des deutschen Parteiensystems verwendeten, sind die fehlenden Werte sehr hoch. Während bei Pappi (1989: 12f) 91,3% und bei Eckstein (1995: 154) 85,5% der Befragten vollständige Angaben zur eigenen Meinung und zu allen Parteien über alle Issues machten, stufen in der EES '94 in Westdeutschland nur 60,3% der Befragten die vier relevanten Parteien auf allen drei Issues ein. Dies ist noch der höchste Wert in allen Ländern, ansonsten liegt der Wert für die relevanten Parteien (Kriterium über 5%) zwischen 24,2% und 56,2%.

Dieser hohe Anteil wirft die Frage nach den Ursachen auf. Es bieten sich zwei Ansätze zur Erklärung an. Erstens könnte es sich bei den ausgewählten Issues nicht um die tatsächlich relevanten in der europapolitischen Diskussion handeln. Dagegen sprechen die Programme der transnationalen Parteien, in denen die ausgewählten Issues zentrale Positionen einnehmen. Lediglich der Umweltschutz und die Frage nach der Erweiterung der EU finden hier ähnliche Präsenz (Henschel 1994: 275-277). Der wahrscheinliche Grund für den hohen Anteil an fehlenden Werten liegt daher in der schlechten Informiertheit der Wähler über die Europapolitik. Diese kann einerseits durch einfaches Desinteresse entstanden sein. Andererseits kann diese auftreten, wenn die nationalen Parteien zu diesen Themen kaum unterschiedliche Positionen einnehmen und diese somit in der politischen Arena keine Rolle spielen, oder die Parteien diese Themen überhaupt nicht in der Öffentlichkeit diskutieren. Da die fehlenden Werte bei der eigenen Meinung um einiges geringer ausfallen als bei den Parteieinstufungen (lediglich zwischen 1% und 22%), spricht dies gegen ein allgemeines Desinteresse der Wähler in Bezug auf die europäischen Streitfragen. Aufgrund der hohen fehlenden Werte scheidet das Testen eines räumlichen Modells, das auf den individuellen Wählerwahrnehmungen basierend das Wahlverhalten erklären will, aus. Im folgenden verwende ich daher die Mittelwerte der Parteieinstufungen als die wahrgenommenen Positionen der 91 nationalen Parteien auf den drei Issues.³ Dabei werden für jede einzelne Partei die Einstufungen aller Befragten verwendet, die eine solche vornahmen, unabhängig davon, ob diese auch die anderen Parteien positionierten. Ich stehe damit näher an der Tradition der Expertenbefragungen wie sie Castles und Mair (1984) oder Laver und Hunt (1992) durchführten, als an der Tradition der Massenumfragen. Dort wird die Position der Parteien auf der Links-Rechts

² Zur EES'94: vgl. Schmitt, Hermann / Eijk, Cees van der (1996), S. 410-413

³ Ein Vergleichstest der Befragten mit Angaben zu den Parteien mit der Grundgesamtheit ergab weder bei sozialstrukturellen noch bei politischen Variablen (z.B. Wählergruppen) eine signifikante Veränderung, so daß nichts gegen die Behandlung der Daten als repräsentativ spricht.

Skala durch die Positionen der Wähler dieser Partei (Falter / Klein / Schumann 1994) oder der Befragten, die sich der Partei nahe fühlen, (Inglehart / Klingemann 1976) bestimmt.

5. Die Einzelanalyse der Issues

Die drei europapolitischen Issues wurden aufgrund der politischen Aktualität als relevant für die Europapolitik ausgewählt. Es handelt sich um Positionsissues zu den Themen Währungsunion, Abbau der Grenzkontrollen und EU gesteuerte Arbeitsbeschaffungsprogramme. Es wurden 10er-Skalen verwendet, deren Endpunkte einerseits mit einem EU-befürwortenden und andererseits mit einem EU-ablehnenden Standpunkt benannt wurden.⁴ Neben der eigenen Meinung waren die Befragten aufgefordert, die relevanten Parteien ihres jeweiligen Landes zu positionieren. Bei der Zuordnung zu den Parteifamilien halte ich mich an die Fraktionen des Europäischen Parlaments (Periode 1989-1994), die sich entlang den ideologischen Gruppierungen der europäischen Parteienlandschaft gebildet hatten. (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1 : Analyseeinheiten Parteifamilien⁵

Familie	Abkürzung	Anzahl
Vereinigte Europäische Linke	VEL	10
Grüne Parteien	G	11
Sozialistische Partei Europas	SPE	16
Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei	LIB	13
Europäische Volkspartei	EVP	16
Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten	SDED	4
Europäische Rechte	ER	9
Regionale Parteien	REG	12
gesamt		91

Die drei Issues unterscheiden sich hinsichtlich der Standardabweichung der Parteiwahrnehmungen mit Werten von 2,66 bis 2,68 so gut wie gar nicht voneinander. Betrachtet man die Familien, so ergibt sich ein etwas differenzierteres Bild (vgl. Tabelle 2). Besonders hoch fällt die Standardabweichung bei der ER beim Arbeitslosigkeits-Issue mit 3,11 aus. Ein Teil der Befragten sieht das Issue auf einer reinen Links-Rechts Dimension und stuft die Partei daher mit einem extrem hohen Wert am rechten Skalenende ein. Ein anderer Teil ordnet die gleiche Partei auf dem entgegengesetzten Ende der Skala ein. Der Grund hierfür liegt in der speziellen Problematik der

⁴ Die Endpunkte der Skalen lauten: 1. Währung: 1 = unabhängigere nationale Währungen - 10 = neue gemeinsame europäische Währung; 2. Grenzen: 1 = weitere Öffnung der nationalen Grenzen - 10 = Wiedereinführung strenger Grenzkontrollen; 3. Arbeitsbeschaffungsprogramme: 1 = Umfassendes Beschäftigungsprogramm - 10 = Vollendung des Binnenmarktes.

⁵ Ich ordne die Familien in den folgenden Tabellen entlang einer allgemeinen Links-Rechts Dimension, wobei die Familie der regionalen Parteien hierauf nicht eingereicht werden kann und daher als letzte aufgeführt wird.

Arbeitslosigkeit, die auch rechtsextreme Parteien durchaus mit Staatseingriffen vermindern wollen. Diese Sichtweise nimmt die Partei in einer faschistischen Tradition wahr.

Tabelle 2: Durchschnittliche Standardabweichung der Parteiwahrnehmungen nach Parteifamilien

Familie	Währung	Arbeitslosigkeit	Grenzen
VEL	2,70	2,50	2,93
G	2,70	2,52	2,60
SPE	2,63	2,69	2,58
LIB	2,54	2,61	2,59
EVP	2,64	2,68	2,66
SDED	2,75	2,73	2,87
ER	2,62	3,11	2,88
REG	2,78	2,69	2,82

5.1 Das Währungs-Issue:

Der Gesamtmittelwert aller Parteien beträgt bei diesem Issue 5,58 und die Standardabweichung 1,48.⁶ Es ist die höchste aller drei Issues und deutet darauf hin, daß hier die größten Unterschiede zwischen den Parteien bestehen. Bei der Betrachtung der Mittelwerte der Parteifamilien zeigt sich ein zu erwartendes Bild (vgl. Tabelle 3). Die drei etablierten Familien (EVP, SPE, LIB), die auch im Europaparlament die Integration vorantreiben, nehmen im Durchschnitt mit 4,53 bis 4,7 die EU freundlichsten Werte ein. Gefolgt werden sie von der SDED und den etwas skeptischer eingestuften G. Als skeptisch bis feindlich bezüglich der gemeinsamen Währung werden mit 6,65 bis 7,96 die Familien der REG, der VEL und der ER positioniert. Am homogensten werden die Familien der G und der SDED wahrgenommen. Ihre Standardabweichungen mit 0,51 bzw. 0,65 und ihr Range mit 1,54 bzw. 1,86 setzen sich von den anderen Familien ab.

Tabelle 3: Mittelwerte nach Parteifamilien - Mittelwert, Standardabweichung, Minimum, Maximum und Spannweite - Währung

Parteifamilie	Mean	Stddev	Minimum	Maximum	Range
VEL	7,00	0,99	5,54	8,66	3,12
G	5,15	0,51	4,09	5,95	1,86
SPE	4,70	0,81	3,11	6,39	3,28
LIB	4,53	1,11	2,52	6,43	3,91
EVP	4,67	1,12	3,06	6,61	3,55
SDED	4,85	0,65	4,26	5,80	1,54
ER	7,96	1,00	5,86	9,07	3,21
REG	6,65	0,91	5,17	7,98	2,81
Über alle	5,58	1,48	2,52	9,07	6,55

⁶ Ich habe die Skala des Issues gespiegelt, damit der EU-Standpunkt wie bei den beiden anderen bei 1 liegt.

Am heterogensten fallen die Positionierungen bei EVP und LIB mit einer hohen Spannweite von über 3,5 aus. In diesen Familien sind extreme EURO-Befürworter (die dänische Venstre (LIB) mit 2,52 und die CSV Luxemburgs (EVP) mit 3,06) mit eher skeptisch eingestuften Parteien vereinigt (die britischen Konservativen (EVP) mit 6,61 und die italienische Lega Nord (LIB) mit 6,43). Daß es gerade bei den bürgerlichen Familien zu solch großen Wahrnehmungsunterschieden kommt, ist dem zügigen Zustandekommen der Währungsunion sicherlich nicht dienlich und eine empirische Bestätigung für die aktuellen politischen Probleme in diesem Sektor.

Vergleicht man die Geschlossenheit der Familien mit derjenigen der Länder, so erweisen sich die Familien trotz ihrer Divergenzen als homogener. Als Indikator hierfür kann die durchschnittliche Standardabweichung der Parteien zum jeweiligen Familien- bzw. Landesmittelwert dienen.⁷ Bei den Familien ergibt sich für diesen Faktor \bar{X}_F ein Wert von 0,92, während er bei den Ländern 1,44 beträgt. In den meisten Ländern (mit Ausnahme von GB, Italien und Irland) reicht die Spanne der Parteien von EURO-Befürwortern bis zu EURO-Ablehnern. Die größte Spannweite tritt im europapolitisch stark differenzierten Dänemark mit 6,14 auf.

5.2 Das Grenz-Issue:

Im Vergleich zum Währungs-Issue liegt der Gesamtmittelwert aller Parteien beim Grenz-Issue etwas EU freundlicher bei 4,97. Die Standardabweichung von 1,28 ist die mittlere der drei Issues. Die Verteilung der Familienmittelwerte (vgl. Tabelle 4) ergibt ein etwas anderes Bild als beim Währungs-Issue.

Tabelle 4: Mittelwerte nach Parteifamilien - Mittelwert, Standardabweichung, Minimum, Maximum und Spannweite - Grenz-Issue

Parteifamilie	Mean	Stddev	Minimum	Maximum	Range
VEL	5,05	0,87	3,90	6,16	2,24
G	4,22	0,38	3,52	4,77	1,25
SPE	4,20	0,55	3,45	5,19	1,74
LIB	4,61	0,88	3,52	6,65	3,13
EVP	4,72	0,78	3,34	6,00	2,68
SDED	4,91	0,64	4,17	5,85	1,68
ER	7,79	0,88	5,80	8,56	2,76
REG	5,13	1,41	2,66	7,61	4,95
über alle	4,97	1,28	2,66	8,56	5,90

⁷ Dieser Wert wird folgendermaßen berechnet:

$$\bar{X}_F = \frac{\sum_{i=1}^n \sum_{f=1}^k \sqrt{(\bar{x}_i - \bar{x}_f)^2}}{n}$$

Dabei ist i die Partei und f der zur jeweiligen Partei gehörige Familienmittelwert, bzw. Landesmittelwert

Dem EU-Standpunkt für den weiteren Abbau der Grenzkontrollen stehen hier die SPE mit 4,20 und die G mit 4,22 am nächsten. Mit doch beträchtlichem Abstand folgen LIB (4,61), EVP (4,72) und SDED (4,91). Vor allem die Distanz zwischen SPE und LIB ist erstaunlich, da es sich bei diesem Issue eigentlich um ein freiheitlich geprägtes, also ein klassisch liberales, handelt. Hier zeigt sich, daß der Familie der LIB doch einige konservativ-liberale Parteien (z.B. die niederländische VVD) angehören. Die VEL wird bei diesem Issue mit 5,05 nicht so EU feindlich wahrgenommen wie das noch beim Währungs-Issue der Fall war. Die heterogene REG kommt auf einen Mittelwert von 5,36. Eine national-isolationistische Positionierung findet bei der ER statt, die den mit Abstand höchsten Wert von 7,79 erreicht.

Als homogenste Familie wird erneut die der G wahrgenommen. Sie weist sowohl die niedrigste Spannweite (1,25) als auch mit 0,38 die niedrigste Standardabweichung auf. Sehr geschlossen treten noch die SPE und die SDED auf. Während die restlichen Familien mit einer Spannweite zwischen 2,2 und 3,2 und einer Standardabweichung von 0,78 bis 0,88 doch noch eine gewisse Homogenität aufweisen, zeigt sich die Familie der REG als sehr heterogen. Ihre Werte sind bei der Analyse des Grenz-Issues gesondert zu betrachten, da in Nordirland, das fünf der zwölf regionalen Parteien stellt, der dortige Konflikt die europapolitische Dimension des Issues überlagert. Die extrem unterschiedlichen Einstellungen zum Nordirlandkonflikt führen bei der REG zu dem Range von 4,65.

Im Vergleich zu den Ländern bilden die Familien erneut die einheitlicheren Gruppen. Der Indikator \bar{X}_F beträgt für die Familien 0,80 und für die Länder 1,16. Beide Werte sinken, wenn einerseits die REG und andererseits Nordirland weggelassen wird, auf 0,71 und 1,10. Insgesamt weist dieses Issue also keine solch großen Unterschiede wie das Währungs-Issue auf. Eine Polarisierung zwischen den Familien findet mit Ausnahme der ER nicht statt.

5.3 Das Arbeitslosigkeits-Issue:

Mit 4,54 nimmt der Gesamtmittelwert aller Parteien bei diesem Issue den geringsten Wert ein, wie auch die Standardabweichung von 0,98 die niedrigste ist. Die Unterschiede zwischen den Parteien treten hier also nicht so stark in Erscheinung wie dies bei einem arbeitsmarktpolitischen Issue vielleicht erwartet werden konnte. Diese zeigen sich in der Regel aufgrund ihrer Ausrichtung entlang des Klassen-Cleavages als besonders polarisierend. Die Betrachtung der Familienmittelwerte (vgl. Tabelle 5) gibt der Vermutung recht, die diesem Issue eine sozio-ökonomische Links-Rechts Dimension als zugrunde liegend zuspricht.

Tabelle 5: Mittelwerte nach Parteifamilien - Mittelwert, Standardabweichung, Minimum, Maximum und Spannweite - Arbeitslosigkeit

Parteifamilie	Mean	Stddev	Minimum	Maximum	Range
VEL	3,41	0,52	2,63	4,13	1,50
G	4,20	0,43	3,68	4,95	1,27
SPE	4,17	0,63	3,00	5,23	2,23
LIB	5,28	1,08	4,00	7,70	3,70
EVP	5,32	0,99	3,56	6,97	3,41
SDED	4,77	0,85	4,01	5,74	1,73
ER	4,92	0,88	4,00	6,96	2,96
REG	4,00	0,55	3,09	4,90	1,81
Über alle	4,54	0,98	2,63	7,70	5,07

Die Anordnung der klassischen Familien erfolgt nach dieser Dimension, wobei die G und die SPE einerseits mit 4,2 bzw. 4,17 und die LIB und die EVP andererseits mit 5,28 bzw. 5,32 nahezu gleich wahrgenommen werden. Die VEL setzt sich mit einem Mittelwert von 3,41 erwartungsgemäß nach unten ab. Bei der niedrigen Positionierung der regionalen Parteien (4,00) zeigt sich die meist nationale strukturelle Benachteiligung der Regionen, die deren Parteien durch EU-Hilfen zu überwinden wünschen. Die Mitglieder der SDED stammen aus den Ländern, in denen die Werte bei diesem Issue grundsätzlich niedriger als im Durchschnitt ausfallen. Daher überrascht der im Vergleich zu LIB und EVP um ca. 0,5 niedrigere Mittelwert nicht. Der Mittelwert von 4,92 bei der ER trägt der Tatsache Rechnung, daß es sich um ein wirtschaftspolitisches Issue handelt, bei dem eine nationalistische Partei durchaus eine sozio-ökonomisch linke Position einnehmen kann. Als bestes Beispiel hierfür kann die NSDAP gelten.

Wie bei den beiden anderen Issues wird die Familie der grünen Parteien als die einheitlichste Familie wahrgenommen. Ebenfalls relativ geschlossen präsentieren sich die beiden anderen linken Familien (VEL und SPE) mit Spannweiten unter 2,3 und Standardabweichungen unter 0,65. Zu diesen beiden gesellt sich noch die REG mit einer Spannweite von 1,81 und einer Standardabweichung von 0,55. Bei der ER macht sich der Unterschied bemerkbar, ob die Parteien allein als rechte Partei auf einer allgemeinen Links-Rechts Dimension beurteilt wurden, oder ob sich ein staatsinterventionistischer Aspekt bemerkbar machte.

Die höchsten Standardabweichungen (0,99 und 1,08) und die größten Ranges (als einzige Familien weit über 3,0) sind bei der EVP und der LIB zu finden. Die nationalen Unterschiede in der Erwartungshaltung zu europäischen Finanzhilfen führen dazu, daß in den südlichen Ländern mit höherer Arbeitslosigkeit auch die konservativeren Parteien durchaus europäische Arbeitsbeschaffungsprogramme wünschen. Es macht sich hier also direkt ein Ländereffekt negativ für die Homogenität der Familien bemerkbar.

6. Die Dimensionalität des zugrunde liegenden Raumes und deren Gültigkeit

Wie schon inhaltlich zu vermuten war, bestätigt eine Korrelationsberechnung den Zusammenhang von Grenz- und Währungs-Issue (vgl. Tabelle 6). Ein r von 0,74 bei einem p von 0,0 zeugen von einer sehr starken linearen Abhängigkeit. Es kann daher vermutet werden, daß bei der Positionierung der Parteien auf diesen beiden Issues eine gemeinsame Dimension zugrunde liegt. Weniger ausgeprägt fällt der Zusammenhang zwischen Währungs- und Arbeitslosigkeits-Issue mit einem r von -0,36 bei einem p von 0,0 aus. Hier zeigt sich, daß mit zunehmender Marktorientierung, welche die Ablehnung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen impliziert, die Einführung des EURO positiv gesehen wird, und vice versa. Besonders trifft dies auf die Familien VEL, REG und LIB zu, bei denen der Koeffizient r -0,62, -0,58 bzw. -0,56 bei einem p von jeweils 0,05 beträgt. Bei diesen Familien wird die vermutete gemeinsame europäische Dimension, die Grenz- und Währungs-Issue zugrunde liegen, beim Währungs-Issue von einer mit dem Arbeitslosigkeit gemeinsamen Links-Rechts Dimension überlagert.

Tabelle 6: Korrelation nach Pearson*

	Arbeitslosigkeit	Grenzen	Währung
Arbeitslosigkeit	1,00 (n=91) p= ,	-	-
Grenzen	0,0601 (n=91) p= ,563	1,00 (n=91) p= ,	-
Währung	-0,3695 (n=91) p= , 000	0,7412 (n=91) p= , 000	1,00 (n=91) p= ,

* Koeffizient / Fälle / 2-seitige Signifikanz

Nach Familien aufgesplittet ergibt sich, daß allein für die SDED (nur vier Parteien) die positive Korrelation zwischen Währungs- und Grenz-Issue nicht zutrifft. Bei den regionalen Parteien macht sich erneut der überlagernde Nordirlandkonflikt bemerkbar und senkt das r so auf 0,56. Bei allen anderen Familien bringt die Korrelation ein $r > 0,6$ bei einem $p \leq 0,02$ hervor (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 7: Korrelation zwischen Währungs- und Grenz-Issue nach Pearson* - nach Familien

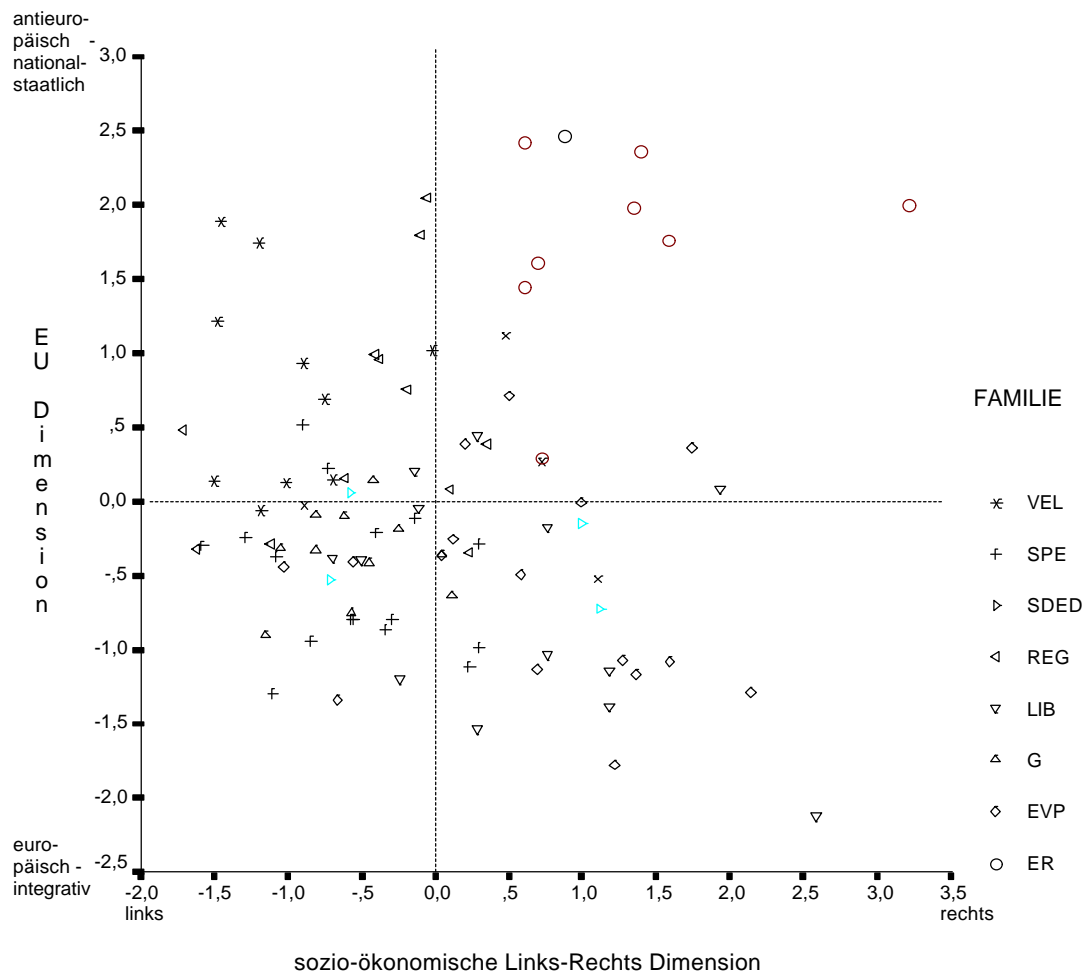
Familie	r	P	n
VEL	0,729	0,017	10
G	0,799	0,003	11
SPE	0,676	0,004	16
LIB	0,633	0,020	13
EVP	0,761	0,001	16
SDED	-0,204	0,795	4
ER	0,964	0,000	9
REG	0,560	0,059	12

* r gibt den Koeffizienten, p das Signifikanzniveau, n die Anzahl der Mitglieder an

Um die Vermutungen bezüglich der zugrunde liegenden Dimensionen zu bestätigen, unterziehe ich die Daten einer Faktorenanalyse. Das Ergebnis erfüllt voll die Erwartungen bezüglich einer zweidimensionalen Lösung. Bei einer auf Korrelationen basierenden Hauptkomponenten-Analyse erklären die beiden ersten Faktoren eine Varianz von 95,1%. Der erste Faktor erreicht einen Eigenvalue von 1,81 und erklärt 60,2% der Varianz, während der zweite Faktor bei einem Eigenvalue von 1,05 34,9% der Varianz erklärt. Einen Blick auf die Faktor-Matrix zeigt uns, daß der erste Faktor vor allem auf dem Grenz- (0,85) und dem Währungs-Issue (0,96) aufbaut, während beim zweiten Faktor das Arbeitslosigkeits-Issue entscheidend ist (0,91). Lediglich das Grenz-Issue geht mit 0,45 ebenfalls merklich in die zweite Dimension mit ein.

Werden die beiden Faktoren gegeneinander geplottet, sind die beiden Dimensionen inhaltlich gut zu erkennen (Schaubild 1). Die EU Dimension wird vom Faktor 1 gebildet, wobei die hohen positiven Werte eine antieuropäisch-nationalstaatliche und die hohen negativen Werte eine europäisch-integrative Position abbilden. Faktor 2 bildet die sozio-ökonomische Links-Rechts Dimension, bei der die negativen Werte die linke und die positiven die rechte Seite darstellen. Um die Geschlossenheit einer Parteifamilie nicht allein auf Basis des optischen Eindrucks beurteilen zu können, berechne ich als Vergleichsindex ein Distanzmaß. Ich berechne die mittlere Distanz der Parteien einer Familie zu deren Familien-Mittelwertspunkt in meinem durch die Faktorenanalyse erhaltenen Policy-Raum.

Schaubild 1: Parteienplot - Faktorenanalyse (Hauptkomponenten-Lösung)



Dieser Mittelwert einer Familie j , deren Mitglieder die Parteien i von 1 bis n sind ($i \in j$) berechnet sich für eine Dimension F folgendermaßen:

$$\bar{X}(F)_j = \frac{\sum_{i=1}^n \bar{x}_i}{n}$$

Die mittlere Distanz einer Familie zu ihrem Familien-Mittelwertspunkt ergibt sich aus folgender Formel, wobei $F1$ bzw. $F2$ die beiden Dimensionen des Policy-Raumes darstellen:

$$\bar{D}_j = \frac{\sum_{i=1}^n \sqrt{(\bar{x}(F1)_i - \bar{x}(F1)_j)^2 + (\bar{x}(F2)_i - \bar{x}(F2)_j)^2}}{n}$$

Wie schon zu erwarten war, stellt die G mit einem Distanzwert von 0,45 die homogenste Familie dar (vgl. Tabelle 8).

Tabelle 8: Distanz der Parteien zu ihrem Familienmittelwert - Mittelwert, Standardabweichung, Minimum und Maximum

Familie	Mean	Stddv.	Min	Max
VEL	0,73	0,31	0,19	1,19
G	0,45	0,21	0,11	0,82
SPE	0,68	0,29	0,28	1,09
LIB	1,09	0,52	0,42	2,49
EVP	1,04	0,45	0,11	1,67
SDED	0,90	0,08	0,81	0,89
ER	0,85	0,58	0,20	2,00
REG	0,91	0,44	0,33	1,55
über alle	1,22	0,71	0,12	3,79

Sie weist auch auf beiden Dimensionen die geringste Standardabweichung auf (vgl. Tabelle 9). Ihre Werte auf der Links-Rechts Dimension befinden sich im gleichen Rahmen wie die der SPE, nämlich links bis mitte-links. Der Mittelwert von -0,54 ist nahezu identisch mit dem der SPE. Auf der EU Dimension reichen ihre Positionen von europaskeptischen Werten über 0 bis in den europafreundlichen Raum. Ihr Range ist hier erheblich kleiner als der der SPE, wobei die Parteien tendenziell nicht so europafreundlich sind. Das zeigt sich am Mittelwert, der mit -0,36 doch deutlich hinter dem der SPE und den beiden bürgerlichen Familien zurückbleibt. Über die Gründe für dieses erstaunliche Maß an Homogenität lassen sich an dieser Stelle nur Vermutungen aufstellen. Einerseits kann es sich tatsächlich um eine echte Übereinstimmung handeln, andererseits könnte es jedoch auf die Befragung zurückgehen. Da grüne Parteien seltener ihre Position auf den auf der Agenda stehenden Issues vehement vertreten, werden sie von den Befragten länderübergreifend irgendwo in der Mitte der EU Dimension angesiedelt. Ihre wichtigen Issues, bei denen eventuelle Differenzen klarer zu erkennen wären (wie z.B. die Umgestaltung der EU), wurden dagegen nicht berücksichtigt.

Die SPE belegt den gleichen Kernraum wie die grünen Parteien, wobei ihre Mitglieder auf beiden Dimensionen noch zu beiden Seiten über jene hinausreichen. Die Geschlossenheit ist bei einem Wert von 0,68 daher weniger ausgeprägt als die der G. Auf der Links-Rechts Dimension nehmen die Parteien ganz linke bis mittlere Positionen ein. Der Mittelwert befindet sich aber mit -0,56 klar im linken Lager. Es gibt in der SPE durchaus europaskeptische Parteien. Auf der anderen Seite stehen aber starke Europabefürworter, deren EU freundliche Position nur von wenigen Parteien der EVP und der LIB übertroffen werden. Daher nimmt die SPE mit ihrem Mittelwert von -0,52 knapp hinter den beiden bürgerlichen Familien den dritten Rang ein.

Tabelle 9: standardisierte Factor-scores der Familien - Mittelwert,
Standardabweichung, Minimum und Maximum*

Familie	Mean1	Mean2	Std.1	Std.2
VEL	0,78	-1,02	0,70	0,46
G	-0,36	-0,54	0,31	0,41
SPE	-0,52	-0,56	0,50	0,56
LIB	-0,67	0,56	0,79	0,97
EVP	-0,59	0,64	0,72	0,91
SDED	-0,33	0,20	0,36	0,98
ER	1,82	1,22	0,68	0,83
REG	0,56	-0,46	0,79	0,69
über alle	0	0	1	1

*Factor 1 = EU Dimension, Factor 2 = sozio-ökonomische Links-Rechts Dimension

Die dritthomogenste Familie bildet bei einem Distanzmaß von 0,73 mit der VEL die dritte linke Familie. Ihre Parteien befinden sich mit einer Ausnahme auf der linken Seite der Wirtschaftsdimension, wodurch die VEL mit -1,02 bei der zweitniedrigsten Standardabweichung den am weitesten links stehenden Mittelwert aufweist. Auf der EU Dimension decken die Parteien jedoch einen weiteren Raum ab und streuen von antieuropäisch bis europaskeptisch. Ihr Mittelwert von 0,78 liegt daher bei einer relativ hohen Standardabweichung von 0,70 im europaskeptischen Lager und ist nach dem der ER der zweithöchste.

Teilweise im selben Raum wie die Parteien der VEL bewegen sich die Mitglieder der REG. Bei ihnen gibt es vor allem auf der EU Dimension große Unterschiede festzustellen, wo sie zwischen schwachen Europabefürwortern und strikten Antieuropäern schwanken. Die REG weist daher auf dieser Dimension die größte Standardabweichung auf und erreicht daher mit 0,91 den dritthöchsten Distanzwert. Der Mittelwert auf der EU Dimension liegt mit 0,56 im europaskeptischen Gebiet. Etwas homogener tritt die REG auf der Links-Rechts Dimension auf. Hier nehmen die Parteien ganz linke bis zu mittleren Positionen, die ins bürgerliche Lager hineinreichen, ein. Der Mittelwert von -0,46 kommt bei viertniedrigster Standardabweichung daher auch nicht ganz an den der G oder der SPE heran.

Die Parteien der ER befinden mit einer Ausnahme am antieuropäischen Ende der EU Dimension, wobei ihr Mittelwert mit 1,82 der mit Abstand höchste der Familien ist. Auf der sozio-ökonomischen Links-Rechts Dimension nehmen sie beim höchsten Mittelwert von 1,22 Positionen von mitte-rechts bis rechts ein. Ohne den relativ europafreundlichen und den extrem rechten Ausreißer gäbe die Familie eine geschlosseneren Einheit ab, als dies der Distanzwert von 0,85 ausdrückt.

Die heterogensten Familien sind die EVP und die LIB. Sie erreichen als einzige ein Distanzmaß > 1,0, wobei beide Familien auf beiden Dimensionen relativ weit streuen. Die Parteien der EVP nehmen auf der EU Dimension ähnliche Werte wie die der SPE ein, reichen aber auf beiden Seiten über jene hinaus. Die Standardabweichung liegt daher über der der SPE. Im Mittelwert ergibt sich mit -0,59 eine leicht europa-freundlichere Position als die der SPE. Auf der Links-Rechts Dimension nehmen die drei konservativen und nicht-christdemokratischen Parteien die höchsten

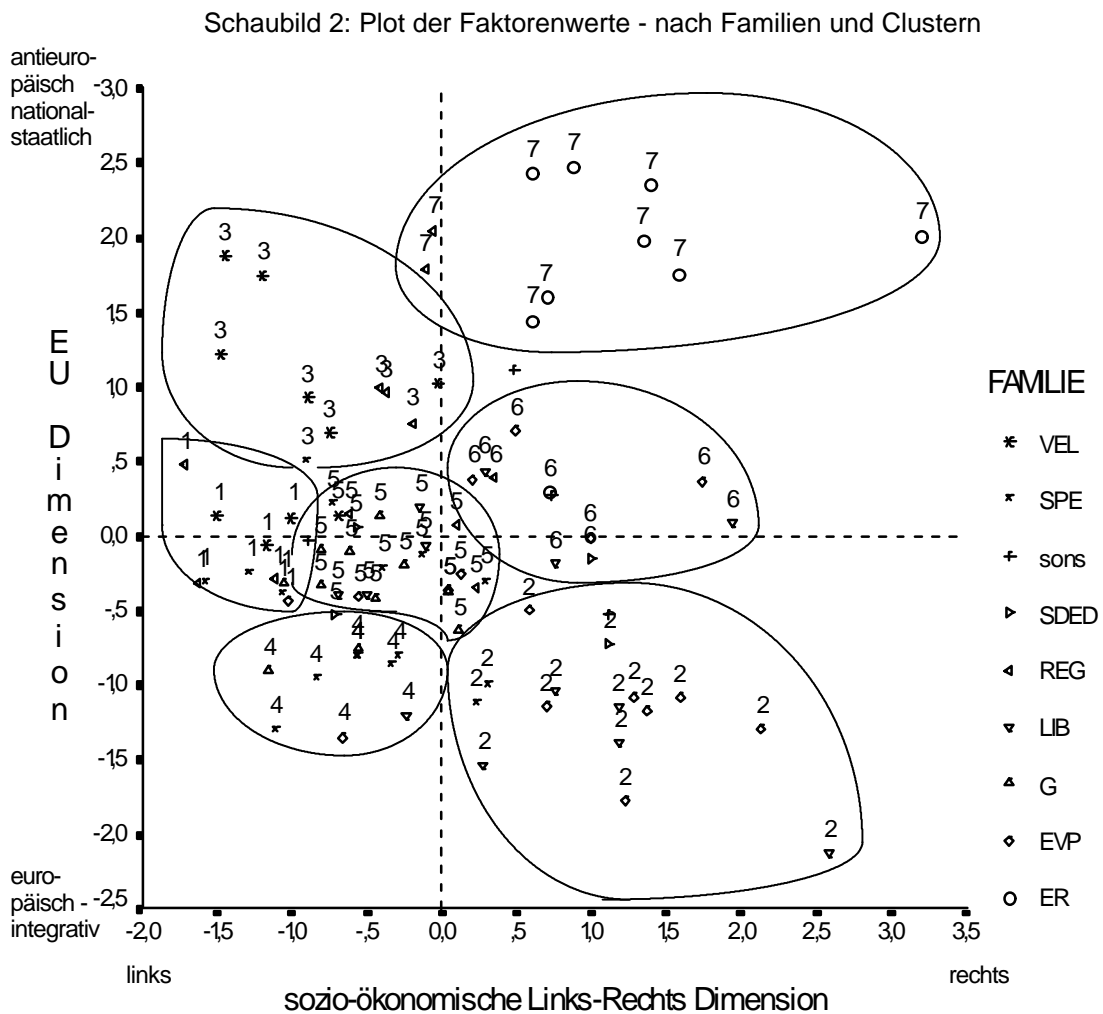
Werte innerhalb der EVP auf der Links-Rechts Dimension ein. So erreicht die EVP mit 0,64 den zweithöchsten Mittelwert und bleibt damit rechts der LIB.

Die LIB ist die Familie, deren Parteien auf beiden Dimensionen den größten Range erreichen. Die Standardabweichungen sind jeweils die zweithöchsten. Der Mittelwert von -0,67 auf der EU Dimension ist der europafreundlichste aller Familien. Die Positionen reichen jedoch auch bis in den europaskeptischen Bereich hinein. Auf der Links-Rechts Dimension streut sie aufgrund eines rechten Ausreißers sehr weit, ihr Familienmittelwert von 0,56 bleibt daher kaum hinter dem der EVP zurück.

Die vier Parteien der SDED bewegen sich auf der EU Dimension im weniger europafreundlichen Raum als die drei etablierten Familien. Der Mittelwert von -0,33 liegt daher klar hinter denen dieser Familien und sogar noch knapp hinter dem der G. Die Parteien sind relativ einheitlich positioniert, was ihre niedrige Standardabweichung zeigt. Auf der Links-Rechts Dimension ist die SDED in zwei Blöcke gespalten. Hinsichtlich der EU Dimension ist die gesonderte Fraktionsbildung der SDED durchaus sinnvoll, während sie in Hinsicht auf die Links-Rechts Dimension eher fragwürdig bleibt.

7. Die Gruppierung im zweidimensionalen Raumes

Mit Hilfe einer Clusteranalyse kann geprüft werden, inwieweit die Familien auch tatsächlich policy-ähnliche Parteien gruppieren. In die Analyse gehen die Faktorenwerte der Parteien im zweidimensionalen Policy-Raum ein. Als Ergebnis der 7 - Cluster - Lösung erhalten wir Clustergrößen von zehn bis 24 Parteien.⁸ Überträgt man die Clusterlösung in die graphische Darstellung der Faktorenanalyse, ist die Einteilung deutlich zu erkennen (Schaubild 2).



Die zentrale Frage ist, ob sich die Cluster auch mit den Familien decken, oder ob zumindest eine Tendenz zu erkennen ist. In Tabelle 10 sind die Clusterzusammensetzungen nach Familien aufgeführt und die Cluster inhaltlich benannt. Es lässt sich eine klare Struktur erkennen. Da sich die Cluster auf der Links-Rechts Dimension stark an der Nulllinie orientieren, ist zu erwarten, daß sich

⁸ Ich verwende die Ward-Methode, ein hierarchisches Centroid-Verfahren, bei dem tendenziell eher gleich große Cluster erhalten werden, da es auf der Minimierung der euklidischen Fehler bei der Fusion der Cluster

in den Clustern links dieser Linie (1, 3, 4) die Parteien der linken Familien (VEL, G, SPE) und in den Clustern rechts dieser Linie (2, 6, 7) die Parteien der rechten Familien (LIB, EVP, ER) befinden. Eine Ausnahme bildet lediglich der Cluster 5, der von links doch etwas weiter über die Nulllinie nach rechts hinausgeht. Auf der EU-Dimension ist die Trennung nicht an der Nulllinie orientiert, so daß die Cluster 1 und 5 Bereiche um Null abdecken. Am deutlichsten ist die Übereinstimmung zwischen Cluster 7 und der Familie der ER, von deren Mitgliedern lediglich eine Partei nicht in diesem Cluster zu finden ist. Damit grenzt sich diese Familie homogener ab als dies aufgrund des Distanzmaßes zu erwarten war. Darüberhinaus gehören nur noch zwei regionale Parteien diesem Cluster an. Alle anderen Cluster setzen sich aus mehr als zwei Familien zusammen, und alle anderen Familien gehören mehr als zwei Clustern an.

Tabelle 10: Die Aufteilung der Mitglieder der Familien auf die 7 Cluster

Cluster		Familie								
Nr.	Bezeichnung	V E L	G	S P E	L I B	E V P	S D E D	E R	R E G	
1	links / EU-Status-Quo orientiert	3	1	3		1			3	11
2	mitte-rechts bis rechts / EU-freundlich			2	5	7	1			15
3	mitte-links bis links / EU-skeptisch bis -feindlich	6		1					3	10
4	mitte-links bis links / EU-freundlich		2	6	1	1			1	11
5	mitte bis links / EU- Status-Quo orientiert	1	8	4	4	3	2		2	24
6	mitte-rechts bis rechts / EU-skeptisch				3	4	1	1	1	10
7	mitte bis rechts / EU-feindlich							8	2	10
		10	11	16	13	16	4	9	12	91

Die These der Aufteilung der linken Parteien auf die Cluster 1, 3 und 4 bestätigt sich. Dabei dominiert die VEL im europaskeptischen Cluster 3, während die SPE die meisten Mitglieder im europafreundlichen Cluster 4 stellt. Lediglich das Cluster 1 zeigt sich als sehr gemischt. Ihm gehören ebenfalls drei regionale Parteien an. Inhaltlich habe ich dieses Cluster als Status-Quo orientiert beschrieben. Hiermit meine ich, daß die Parteien, die hier plaziert sind, einer weiteren Integration auf dem vorgezeichneten Weg zwar skeptisch gegenüberstehen, aber nicht grundsätzlich europafeindlich eingestellt sind. Deutlich wird dies auch für den gemischten Cluster 5, dem acht der elf grünen Parteien angehören. Hier bestätigt sich die Homogenität der Familie, die sich schon beim Distanzmaß herauskristallisierte. Die grünen Parteien sind einer europäischen Integration durchaus gewogen, wollen aber keine größere Ausweitung der europäischen Zentralautorität und Bürokratie, sondern vor allem die Bürgernähe erhöhen (vgl. Henschel 1994: 275).

Für die rechten Cluster 2, 6 und 7 wird meine These ebenfalls bestätigt. Doch hier zeigt sich, daß lediglich das Cluster 7 klar einer Familie zuzuordnen ist. Sowohl das europafreundliche Cluster 2

basiert. Für die 7-Cluster-Methode entscheide ich mich, da ab dem achten Cluster Abtrennungen einzelner

wie das eher skeptische Cluster 6 werden zusammen von LIB und EVP dominiert. Da auch einige Parteien dieser Familien dem zentralen Cluster 5 angehören, verteilen sich die Mitglieder der EVP und der LIB hauptsächlich auf drei verschiedene Cluster. Damit wird ihre mangelnde Homogenität, die sich schon aufgrund des Distanzmaßes zeigte, bestätigt. Die Mitglieder der SPE werden trotz eines günstigeren Distanzmaßes bezüglich der Cluster genauso uneinheitlich wie die bürgerlichen Parteien gesehen. Am extremsten fällt die Verteilung der regionalen Parteien über die Cluster aus. Es bestätigt, daß diese Parteien in Europa auf der Links-Rechts Dimension nicht einem Lager angehören. Darüber hinaus zeigt sich, daß ihr spezifisches Interesse bezüglich Europa, nämlich die Stärkung der Regionen, sich nicht auf dieser EU Dimension abbilden läßt. Die vier Parteien der SDED finden sich in drei Clustern wieder, was ihnen kein einheitliches Profil zuweist und ihre eigenständige Fraktionenbildung im Europaparlament in Frage stellt.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Clusteranalyse die Ergebnisse der Homogenitätsuntersuchung mittels Distanzmaß weitestgehend bestätigt. Eine Geschlossenheit der Familien über beide Dimensionen hinweg ist momentan mit der Ausnahme der grünen Parteien und der ER nicht gegeben. Während bei der SPE das Distanzmaß noch relativ niedrig ausfällt, stimmt die Angehörigkeit zu unterschiedlichen Clustern doch bedenklich in Hinsicht auf ein geschlossenes Vorgehen in der Europapolitik. Bei den bürgerlichen Parteien bestätigt sich die Heterogenität auf beiden Dimensionen. Es bestehen größere Gemeinsamkeiten zwischen einzelnen Gruppen der beiden Fraktionen als unter den Fraktionen selbst.

8. Schlußbetrachtung

Wie sind die Analyseergebnisse nun hinsichtlich der übergeordneten Fragestellung nach der Zukunft eines europäischen Parteiensystems zu bewerten?

In Bezug auf Andewegs (1995) ersten zwei Möglichkeiten ergeben sich durchaus einige Hinweise. Die Chance für die Herausbildung eines Parteiensystems entlang des Föderalismus-Cleavages sehe ich aufgrund der Ergebnisse als kaum gegeben an. Lediglich die europaskeptische Haltung vieler Parteien der REG und die im Vergleich zu den etablierten Familien zurückhaltendere Position der SDED-Mitglieder weisen auf diese Möglichkeit hin. Solange jedoch der Großteil der Parteien der etablierten Familien ihre europafreundliche Einstellung beibehalten, bleibt die föderale Gruppe zu schwach. Erst ein Auseinanderbrechen dieser Familien entlang dieses Cleavages würde eine solche Entwicklung forcieren. EU-Totalverweigerer wie die Parteien der ER und größtenteils auch der VEL blieben bei einer solchen Ausrichtung außerhalb des Systems.

So bleibt die Entwicklungslinie der weiteren Stärkung der transnationalen Parteien die wahrscheinlichste. Wie die Forschung betont, ist hierfür die institutionelle Weiterentwicklung auf europäischer Ebene grundlegende Bedingung. Doch die empirischen Ergebnisse dieser Arbeit geben darüber hinaus weiteren Aufschluß. Die notwendige inhaltliche Homogenität der

Parteien und nicht mehr die Aufspaltung von Clustern stattfindet.

Parteifamilien (und damit der Fraktionen des Europaparlamentes) ist noch nicht durchgehend gegeben. Hiermit wird meine These 2 bestätigt. Ins Auge fällt besonders, daß die EVP und die LIB neben der REG die heterogensten Familien sind. Sie streuen dabei auf beiden zugrunde liegenden Dimensionen doch beträchtlich weit. Auf der Links-Rechts Dimension macht sich neben einem länderspezifischen Faktor bei der LIB die Zusammensetzung aus links- bis wirtschaftsliberalen Parteien und bei der EVP die Zusammensetzung aus christlich-sozialen bis rein konservativen Parteien bemerkbar. Auf der EU Dimension sind in beiden Familien teilweise sehr europaskeptische Parteien vorhanden, die für ein gemeinsames Vorgehen auf europäischer Ebene eher bremsend wirken. Etwas geschlossener tritt dagegen die SPE auf, was im Vergleich zu den bürgerlichen Familien die Chance für ein forciertes gemeinsames Auftreten in Europa bietet. Das Ergebnis der Clusteranalyse relativiert aber diesen Ansatz. Am überraschendsten ist die Homogenität der Grünen Parteien, die diese durchaus hinsichtlich einer stärkeren Rolle in Europa nutzen könnten. Ihnen sollte es gelingen können, ihre etwas abweichende Strategie zur europäischen Einigung auf der Agenda der Europapolitik plazieren zu können.

Mit dem Ergebnis der Zweidimensionalität des Policy-Raumes bestätigt sich ebenfalls meine These 1. Damit sich überhaupt ein europäisches Parteiensystem bilden kann, ist es unabdingbar, daß mit dem Klassen-Cleavage das europäische Haupt-Cleavage in die Europapolitik weiter Einzug hält. Eine Differenzierung zwischen den hinsichtlich der europäischen Integration doch sehr ähnlichen etablierten Familien wäre für zukünftige Europawahlen von großem Vorteil. Es könnte somit ein Wahlkampf geführt werden, der sowohl über die allgemeine Stellung zur europäischen Integration hinausgeht und vor allem nationale Themen ablösen könnte. Eine breitere Akzeptanz der Europawahl durch die Wähler könnte so gewährleistet werden. Doch müßte darüber hinaus natürlich die Geschlossenheit auf der EU Dimension weiter zunehmen. Bleiben die nationalen Differenzierungen auf dieser Ebene vorhanden, müßten sich die jetzigen Fraktionen aufteilen, damit ein Mehrparteiensystem mit Parteien geschlossener Policy-Orientierung entstehen kann. Für die Entwicklung eines genuinen europäischen Parteiensystems sind zwei Szenarien möglich. Erstens nimmt die Homogenität der bestehenden Parteifamilien zu und die sozio-ökonomische Policies bestimmen zunehmend die Europapolitik. Dann wäre ein Parteiensystem mit den bestehenden Familien denkbar. Zweitens bleiben die Policy-Unterschiede bestehen und die momentanen Parteifamilien lösen sich auf und eine Neugruppierung der europäischen Parteien geschieht. Voraussetzung für beide Szenarien ist darüber hinaus der institutionelle Fortschritt auf EU-Ebene, damit ein europäisches Parteiensystem Teil eines eigenen demokratischen System von Wahlen, parlamentarischem Arbeiten und Regieren werden kann.

Literatur

- ANDEWEG, RUDY** (1995): The Reshaping of National Party Systems, in: WEP 18, No.3, S.58-78
- CASTLES, FRANCIS G. / MAIR, PETER** (1984): Left-Right Political Scales: Some 'Expert' Judgements, in: EJPR 12, S.73-88
- DOWNS, ANTHONY** (1957): An Economic Theory of Democracy, New York: Harper&Row
- ECKSTEIN, GABRIELE** (1995): Rationale Wahl im Mehrparteiensystem, Frankfurt a.M.: Peter Lang
- ENELOW, JAMES M. / HINICH, MELVIN J.** (1984): The Spatial Theory of Voting, Cambridge: Cambridge UP
- FALTER, JÜRGEN W. / KLEIN, MARKUS / SCHUMANN, SIEGFRIED** (1994): Politische Konflikte, Wählerverhalten und die Struktur des Parteienwettbewerbs, in: GABRIEL, OSCAR W. / BRETTSCHEIDER, FRANK (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich, 2. Aufl., Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 194-220
- INGLEHART, RONALD / KLINGEMANN, HANS-DIETER** (1976): Party Identification, Ideological Preference and the Left-Right Dimension, in: BUDGE, IAN, u.a. (Hrsg.): Party Identification and Beyond, London: John Wiley, S.243-273
- HENSCHEL, THOMAS R.** (1993): Die europäischen Parteizusammenschlüsse, in: WEIDENFELD, WERNER / WESSELS, WOLFGANG (Hrsg.): Jahrbuch der europäischen Integration 1992/1993, Bonn: Europa Union Verlag, S.261-266
- HENSCHEL, THOMAS R.** (1994): Die europäischen Parteizusammenschlüsse, in: WEIDENFELD, WERNER / WESSELS, WOLFGANG (Hrsg.): Jahrbuch der europäischen Integration 1993/1994, Bonn: Europa Union Verlag, S.273-278
- JANSEN, THOMAS** (1995): Die europäischen Parteizusammenschlüsse, in: WEIDENFELD, WERNER / WESSELS, WOLFGANG (Hrsg.): Jahrbuch der europäischen Integration 1994/1995, Bonn: Europa Union Verlag, S.257-262
- LAVER, MICHAEL / HUNT, W. BEN** (1992): Policy and Party Competition, New York / London: Routledge
- PAPPI, FRANZ URBAN** (1989): Räumliche Modelle der Parteienkonkurrenz. Die Bedeutung ideologischer Dimensionen, in: FALTER, JÜRGEN W. / RATTINGER, HANS / TROITZSCH, KLAUS G. (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen in der BRD, Frankfurt a. M.: Peter Lang, S. 5-28
- SCHMITT, HERMANN** (1995): National Party Systems and the Politics of the European Union. First Results from the 1994 European Elections Study, in: IL POLITICO 60, No.1, S. 93-107
- SCHMITT, HERMANN / EIJK, CEES VAN DER** (1996): The European Election Studies 1989 and 1994, in: EIJK, CEES VAN DER / FRANKLIN, MARK N. (Hrsg.): Choosing Europe?

The European Electorate and Nation Politics in the Face of Union, Ann Arbor: The University of Michigan Press, S. 409-414

SMITH, JULIE (1995): The 1994 European Elections: Twelve into One won't Go, in: WEP 18, No.3, S.199-217